

# Unimut

ZEITUNG *an* DER UNI HEIDELBERG

## Informationen für Studienbeginnende

Eine Einführung in Themen, wie Studiengebühren, Verfasste Studierendenschaften und studentische Gruppen. S. 1-5

## Bericht aus den Vereinigten Staaten

Ein Interview mit dem Psychologen Robert J. Sternberg u.a. zum US-Wahlkampf – S.7

## „Zum Kotzen“ – Bundeswehrstand auf dem Uniplatz

Ein Bericht zur Werbeveranstaltung der Bundeswehr und Gegenprotesten – S.5

## Medienkritik als Erkenntniskritik

Von Textsorten und Rubriken – S.7

## Filmkritik

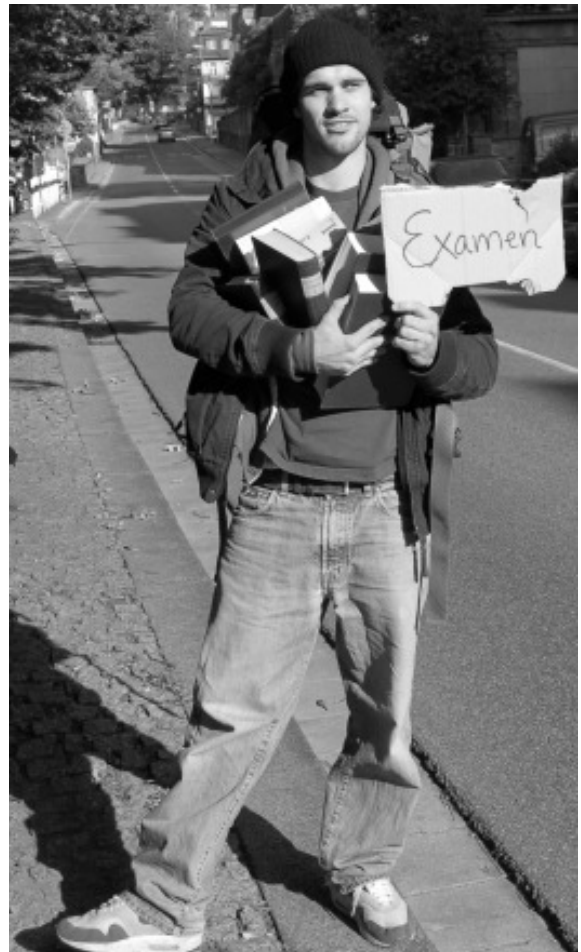
zum „Baader-Meinhof-Komplex“ – S.11

## Über das Studieren zum Schein

**Herzlich Willkommen an der Uni Heidelberg liebe Erstsemester!** Vor Euch liegt die wohl prägendste, intensivste und vor allem schönste Etappe eures Lebens. Endlich fertig mit der Schule, vorbei die Unterrichtsstunden, deren Inhalte manchmal wenig mit dem zu tun hatten was man einmal machen möchte. Im Studium sollte das anders werden, nun bestimmt das Interesse und der Berufswunsch die Studienfachauswahl, die Motivation für etwas frei Ausgesuchtes zu arbeiten ist eine Andere.

Das Universitätsstudium zielt nach dem Humboldtsches Universitätsideal auf die Herausbildung mündiger Individuen, die in Selbstbestimmung Vernunft erlangen. Bei Humboldt heißt es: "Soviel Welt als möglich in die eigene Person zu verwandeln, ist im höheren Sinn des Wortes Leben". Erfahrungen sammeln, einen breiten Blick bekommen und sich dadurch als Subjekt zu entfalten. Zum Weltbürger werden, sich mit den großen Menschheitsfragen auseinanderzusetzen: sich um Frieden, Gerechtigkeit, um den Austausch der Kulturen, andere Geschlechterverhältnisse oder eine andere Beziehung zur Natur zu bemühen. Die universitäre Bildung soll keine berufsbezogene und damit von wirtschaftlichen Interessen abhängige Ausbildung sein. Die Akademische Freiheit an der Universität bedeutet freie Studienwahl und freie Studienorganisation mündiger Studierender.

Heute überwiegt jedoch oft studienordnungsmotiviertes Studieren – effizient und schnell. Der Gang in die Bibliothek oder ins Seminar verstanden als notwendiges Übel immer auf der Jagd nach Scheinen und guten Noten. Hiermit verschwindet die Idee der Bildung als Voraussetzung für das freie, von Nützlichkeitsabwägungen freie Denken als Grundlage einer emanzipierten Gesellschaft. Bildung ist nicht Mittel zum Zweck, sie besitzt selbst souveräne Würde. Ein Universitätsstudium ist keine Ausbildung, es geht um das Erlangen einer breiten Bildung, Interessen und Begabungen zu finden, sich zu spezialisieren und zu mündigen „Weltbürgern“ zu werden.



Die durch die Einführung von Studiengebühren weiter voranschreitende Kommerzialisierung der Bildung und die im Zuge der Exzellenzinitiative immer weniger gewollte Einheit von Forschung und Lehre sind nur ein Teil zahlreicher Umstrukturierungen deutscher Universitäten. *Fortsetzung auf S. 2*

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns, Euch zum Semesterbeginn mit der neuen Ausgabe des Unimut willkommen heißen zu können. Einigen Wirbel hat die letzte Ausgabe ausgelöst... eine Rolle, die wir gerne einnehmen. Auch dieses Mal versorgen wir Euch auch mit wichtigen Informationen aus Politik und Leben an und über die Uni hinaus. Wir bemühen uns dabei, auch Aspekte und Hintergründe zu behandeln, die einem in der allgemeinen Medienlandschaft gerne vorenthalten werden.

Aus den USA berichtet unser Redaktionsmitglied auf Reisen mitten aus dem US-Präsidentenwahlkampf und befragt einen bedeutenden amerikanischen Psychologen zu Barak Obama und Studiengebühren. Diese leidige Angelegenheit bleibt auch weiterhin ein wichtiges Thema, sowohl unser aller Rektor Bernhard Eitel als auch Wissenschaftsminister Frankenberg warten wieder mit grandiosen neuen Ideen zur Gebührenverteilung auf. Aktuelle Diskurse etwa über Flüchtlingsproblematik, die Energiefrage oder aber das Kinoereignis „Der Baader Meinhof Komplex“ sind überdies Gegenstand der folgenden Seiten.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und einen inspirierten Semesterbeginn!

*die redaktion*

## Termine

### Kolloquium für interdisziplinäre Methoden kritischer Gesellschaftsanalyse

Offener Arbeitskreis für PromovendInnen, ExamenkandidatInnen und Interessierte aller Fachbereiche.  
Eröffnungssitzung | 22.10.2008 | 18.00 Uhr | NUni.  
Infos unter [www.KritischeTheorie-hd.de](http://www.KritischeTheorie-hd.de)

### Real World Economics - realitätsnahe Politische Ökonomik

Tagung des Arbeitskreises Postautistische Ökonomie und des Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft | vom 24.10.-26.10.2008 | NUni

### Theorie und Praxis kritischer Wissenschaften - Grundlagen einer Stiftung für demokratische Bildung

Herbstakademie des Heidelberger Forum für kritische Theorie und Wissenschaft | 31.10.2008 - 02.11.2008 im IWH Heidelberg

### Uni-Parties der Fachschaften:

**Germanistik** Do, 23.10. | 22:00, halle 02 | Happy Hour bis 23h | **Jura** Do, 30.10. | 21:00, Ziegler | **Kunstgeschichte** Do, 6.11. | 20:00 | Kleine Halle (geplant) | **MathPhysRom** Fr, 7.11 | 21:00 | INF | **Geschichte** 21.11. | 21.00 | DAI | **Politik** 4.12. | 21.00 | Karlstorbahnhof

Immer aktuelle Termine online auf [www.unimut.org](http://www.unimut.org)

*Fortsetzung S.1:* Die Einführung von Bachelor/Master im Zuge des Bologna-Prozesses führte einen Leistungsüberprüfungsmanie herbei, in dessen blindem Gehorsam die einstigen Ideale deutscher Universitäten verloren gehen. Es bleibt kein Raum mehr für Muse und Weitblick, die Freiheit und das eigene Denken, die kritische Auseinandersetzung mit den Wissenschaften und viele andere wichtige, aber nicht evaluierbare Fähigkeiten, die die Zeit des Studiums vermittelt – wenn man sie dazu nutzt.

Deswegen liebe Studienbeginnende, entscheidet Euch für eine Studienplanung, die noch Zeit für das eigene Denken lässt, für andere Interessen und Engagement,

zum Beispiel in der Hochschulpolitik in politischen oder sozialen Gruppen und Vereinen – oder beim UNIMUT ☺. Es ist auch möglich, Lehrveranstaltungen anderer Fächer zu besuchen, für sich selbst, aus Interesse und ohne die Motivation der Prüfungsordnung.

Vergesst also nicht: Ihr studiert Eurem Interesse nach! – Nämlich das, wofür Ihr Euch frei entschieden habt. Bei all den Pflichtveranstaltungen und Prüfungen sollte die Primärmotivation des eigenen Interesses nicht verloren gehen. Und letztendlich verbringt Ihr mit Eurem Studium auch viel Zeit, und Zeit muss auch glücklich machen!  
nbb

## Eine Einführung in das Thema Verfasste Studierendenschaften

Baden-Württemberg ist eines von zwei Bundesländern, in dem die offizielle Studierendvertretung, der "AStA" faktisch handlungsunfähig ist. Das liegt daran, dass es hier keine seit Ende der 1970er Jahre keine Verfasste Studierendenschaft, also die demokratische Vertretung der Studierenden, mehr gibt. Der damalige Ministerpräsident und ehemalige NS-Marinerichter Filbinger wollte mit diesem Schritt „den Sympathisanten-sumpf des Terrorismus austrocknen“, den er an den Hochschulen vermutete.

Der seither gesetzlich vorgesehene „AStA“ darf sich nicht mehr (hochschul-)politisch äußern, besitzt kein eigenes Geld mehr und muss jede einzelne Ent-

scheidung vom Rektorat genehmigen lassen. Anders als in vierzehn anderen Bundesländern ist er auf einen Unterausschuss des Senats reduziert, mit dem Rektor als Vorsitzenden. Er darf sich nur noch mit musischen, sportlichen, kulturellen und eingeschränkt mit sozialen Fragen beschäftigen. Zu Themen der Hochschulpolitik, wie beispielsweise der Bachelor/Master-Umstellung, BAföG oder Studiengebühren, darf er sich nicht äußern und kann daher seiner Funktion als Interessenvertretung der Studierenden nicht gerecht werden. Die unabhängigen Studierendvertretungen (in Heidelberg: die Fachschaftskonferenz) versuchen die Nachteile des

**Wir können alles.  
Außer Hochschulpolitik.**



Baden-Württemberg

Verbots einer Verfassten Studierendenschaft auszugleichen, allerdings unterliegen auch sie starken Beschränkungen. Sie verfügen über keine eigenen Mittel und die Hochschulleitung kann sie offiziell nicht als Studierendenvertretung anerkennen. Eine Verfasste Studierendenschaft würde zur offiziellen Ansprechpartnerin für die

Hochschule, die Stadt und das Land. Sie kann die Meinungsbildung der Studierenden unterstützen und eine effektivere Vertretung der studentischen Interessen gegenüber Hochschule, Gesetzgeber und Gesellschaft gewährleisten. yz

---

## Eine Einführung in das Thema Studiengebühren

Seit dem Sommersemester 2007 gibt es in Baden-Württemberg allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500€. Nachdem das BVG in einem geschichtsträchtigen Urteil am 26. Januar 2005 das Thema Studiengebühren zur Ländersache erklärt hat bildete sich mit der geplanten Einführung der Studiengebühren in Niedersachsen, Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern, BaWü, und Hamburg eine bundesweite Protestwelle gegen Studiengebühren. Bundesweit gingen mehr als 20.000 Studierende auf der Strasse. Das Sommersemester 2005 wurde zum „Summer of Resistance“. In Freiburg kam es dabei zu einer Rektoratsbesetzung, in Stuttgart wurde die Bannmeile des Landtags besetzt, in Hannover das Präsidium besetzt, in Hamburg wurden mehrere Gebäude der Univerwaltung blockiert,

In Heidelberg organisierte der Arbeitskreis Studiengebühren eine Zeltstadt auf der Wiese vor dem Marstall und zahlreiche weitere kreative Protestformen und Informationsveranstaltungen. Als den Landtag dennoch am 30.11. 2005 das Studiengebührengesetz beschloss mobilisierte Heidelberg gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren Baden Württembergs für die landesweite Großdemo, an der sich rund 10.000 Menschen beteiligten.

Zur Einführung der Studiengebühren beteiligte sich der AK Studiengebühren an den landesweit koordinierten Aktionen des Studiengebührenboykotts und der Klagen gegen das Studiengebührengesetz. Die beiden Anläufe eines Boykotts der Studiengebühren scheiterten an der Uni Heidelberg, trotz einer Beteiligung von im Wintersemester 2006/07 von 1224 Studierenden. Die über 2500 in ganz Baden Württemberg eingereichten Klagen sind noch nicht entschieden.

Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren ist ein entscheidender Schritt zur Kommerzialisierung der

Bildung, und führt zu einer Verstärkung der Benachteiligung Studierender sozial schwächerer Verhältnisse.

Um jedoch wenigstens eine sinnvolle Verteilung der Studiengebühren sicherzustellen und zu überprüfen, dass die neuen Mittel ausschließlich zur Verbesserung der Lehre und nicht die Finanzierung bisher in den Aufgabenbereich des Landes fallender Bereiche verwendet werden, engagierten sich zahlreiche Studierende in Gebührenverteilungskommissionen. Gerade weil die, durchaus sinnvolle Beschäftigung mit der Verteilungsproblematik, jedoch leicht zur Legitimierung von Studiengebühren führt, bedarf es weiterhin engagierter Studierender, die den Kampf gegen Studiengebühren nicht in Vergessenheit geraten lassen und immer wieder an den Wert der Bildung als öffentliches Gut erinnern. nbb

### Studiengebühren

#### zur Sanierung des Landeshaushalts

In einer Pressemitteilung vom 22.09.2008 eröffnete Wissenschaftsminister Frankenberg zukünftig beamtete Professorenstellen aus Studiengebühren finanzieren zu wollen. Er verspricht 300 zusätzliche Professuren. Noch während der Einführungsphase der Studiengebühren beteuerte Frankenberg, Studiengebühren würden niemals für die Grundausstattung verwendet, sondern ausschließlich für eine zusätzliche Verbesserung der Lehre. Hier zeigt sich ein weiteres mal, dass die Studiengebühren nie dazu gedacht waren ernsthaft die Lehre zu verbessern, sondern – nach langem Drängen der Bertelsmannstiftung – von Anfang an zur Umschichtung und Entlastung des Haushalts missbraucht werden sollten. PA/nbb

---

## Reflektiert Konsumieren

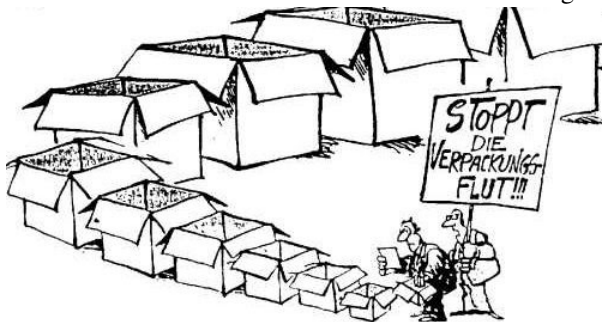
Sie stehen durchaus nachdenklich in der langen Schlange des Plöck- Penny Marktes. Das Hauptargument ihres bewussten Einkaufs ist, dass es eine den studentischen Geldbeutel maßlos überreizende Utopie sei, sich biologisch und von unter würdigen Bedingungen erzeugten Lebensmitteln zu ernähren. Da wird das überarbeitete, eingefallene Gesicht der Kassiererin, die, wie mechanisch mehrfach in Plastik verpackte Waren über das Lesegerät zieht, schon bei Verlassen des Ladens wieder vergessen, sofern es überhaupt wahrgenommen wurde. Ganz zu schweigen von den vielen anderen Menschen,

die am Produktionsprozess des Gekauften beteiligt waren.

Doch es geht auch anders. Die Lebensmittelkooperative Appel un' Ei ist ein Arbeitskreis der Fachschafftskonferenz der Uni Heidelberg. Ökologische Lebensmittel, überwiegend regional erzeugt, stammen aus sinnvollen Erzeugungszusammenhängen und Obst und Gemüse kommen zum großen Teil aus dem Eigenanbau der Gärtnerei Wildwuchs. Nachhaltiges Wirtschaften, der Erhalt einer breiten Sortenvielfalt und das gemeinsame Arbeiten stehen hierbei im Vordergrund.

Appel un' Ei ist in dem kleinen gelben Häuschen unter dem Mensavordach (neben dem Café Botanik) im

Neuenheimer Feld zu Hause und im Semester von Montag bis Freitag jeweils von 12 bis 14 Uhr geöffnet. Als Mitglied bekommt man jedoch einen Schlüssel, der einem vierundzwanzig Stunden Öffnungszeiten ermöglicht. Die Kooperative ist basisdemokratisch und auf viel Vertrauen und Gemeinschaftlichkeit aufbauend organi-



siert. Hier werden alternative Wirtschaftsformen und Organisationsstrukturen, beruhend auf gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit statt auf der rationalen Verfolgung des Eigeninteresses, praktiziert.

Beim Einkauf in der Lebensmittelkooperative geht es um reflektiertes Verbraucherverhalten. Es werden sonst oft achtlos weggeworfene Verpackungen wiederverwendet und durch das saisonale Obst- und Gemüseangebot bekommt man ein Gefühl für eine den Jahreszeiten angemessene Ernährung. Außerdem sind die Lebensmittel der Kooperative aufgrund der eigenen Erzeugung und des ehrenamtlichen Engagements seiner Mitglieder verhältnismäßig günstig, teilweise günstiger als im Penny – und das bei einer bedeutend netteren Atmosphäre. Eine Preisliste und genauere Informationen gibt es online auf der Homepage:

<http://www.appelunei.uni-hd.de>

nbb

## Und zwischen den Vorlesungen? *Der Weltladen – Bildung und Entspannung vs. Unistress*

Bücherwälzen, monotoner Professoren-Sing-Sang, Koffeinmangel ... – wer sich hin und wieder erholen muss vom Hochschulalltag und es gerne unkonventionell mag, dem bietet der Weltladen in der Heidelberger Altstadt, gleich um die Ecke der Neuen Uni, eine bunte Pausen-Alternative.

Neben aktuellen entwicklungspolitischen Hintergrundinformationen, locken die vielfältigen kulturellen Eindrücke aus der Dritten Welt: Landestypisches Handwerk, wie Instrumente oder Schmuck, Snacks, von fruchtig bis schokoladig oder Schmökern in der Bücherecke mit Romanen, Kulinarischem und Politischem aus dem Trikont ... Kurz: entdecken und entspannen, bei abwechslungsreicher Weltmusik und Cappuccino & Co aus dem Stehcafé - zu fairen und außerdem kundenfreundlichen Preisen.

Der Weltladen ist zudem ein Ort, an dem durch Bildungs- und Kulturarbeit auf die komplexen Probleme



unserer Welt hingewiesen wird. In enger Zusammenarbeit mit dem Eine-Welt-Zentrum, organisieren und informieren die (freiwilligen) Mitarbeiter laufend über themenspezifische Veranstaltungen. Ob Filmabende, Probiertage oder Latino-Festival: Politisches - aus den Bereichen

Menschenrechte, Frieden oder Ökologie - und Kulturelles sorgen hier für Abwechslung.

Und wer darüber hinaus lieber selbst die Initiative ergreift, der/die ist ebenso herzlich eingeladen, die Arbeit im Weltladen aktiv mitzugestalten.

Weitere Informationen zum Informations- und Bildungsangebot, zur Ladenstruktur sowie zum Fairen Handel findet ihr auf der Homepage, unter [www.weltladen-heidelberg.de](http://www.weltladen-heidelberg.de) oder schaut am besten selbst im Laden vorbei, in der Heugasse 2, in der Heidelberger Altstadt.

*Von Sarah Risse*

### Zitat des Monats

„Das Zitat an sich sehr unwahrscheinlich“

*Fachschaft Politik*

## Der Rektor will mehr Geld *Änderung der Studiengebührenverteilung an der Uni Heidelberg*

Bei der gesetzlichen Einführung von Studiengebühren in Baden-Württemberg 2007 forderten die Richtlinien individuelle Verteilungsmodelle an den Universitäten, mittels derer die Gelder verausgabt werden sollten. An der Universität Heidelberg wurde nach teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rektorat, Professorschenschaft und Studierendenvertretung ein Verteilungsmodell be-

schlossen, das 90 Prozent der Gebühren an die Fächer und nur 10 Prozent der Gelder zentralen Universitätseinrichtungen zuwies. Damit verbunden war die Gründung sowohl von beratenden Fachkommissionen mit studentischer Mehrheit sowie eine paritätisch besetzte Senatskommission zur Verteilung des zentralen Studiengebührentopfes.

*Fortsetzung auf S.5*

Die Praxis holte das theoretische Modell bald ein und in vielen Fachkommissionen wurden die studentischen VertreterInnen teilweise massiv bedrängt oder ihre Entscheidungen in den Fachkommissionen übergeordneten Gremien (Fakultätsräten mit absoluter professoraler Mehrheit) nachträglich schlicht überstimmt. Seit Neuwahl und Neubesetzung des Rektorats – der Jurist Peter Hommelhoff ging – erklärte das neue Rektorat mit Bernhard Eitel an der Spitze das alte Verteilungsmodell für ungültig. Die zentrale Studiengebührenkommission wurde für widerrechtlich erklärt, das über ein halbes Jahr lang ausgearbeitete Verteilungsmodell in der Praxis nun endgültig ausgehebelt. Das Rektorat versandte freundliche Emails an die Institutsdirektoren mit Empfehlungen zur Gebührenmittelverteilung: „Verbesserung der Lehre“ konnte nun alles sein – von der Hausrenovierung bis zu Forschungsausgaben.

Und nun plant der Rektor auch noch den Anteil der Studiengebühren, den laut altem Verteilungsmodell die Fächer erreichen sollen, von ca. 90 auf 70 % zu reduzieren und somit den zentralen Anteil von ca. 10 auf 30 % zu erhöhen. Als Grund verweist das Rektorat auf drei Argumente:

Erstens moniert das Rektorat, einige Fächer hätten die ihnen zugewiesenen Mittel nicht vollständig verausgabt. Daher sehe das Rektorat Handlungsbedarf.

Das alte – im Senat verabschiedete und bislang von eben diesem nicht zurück genommene – Verteilungsmodell sieht ausdrücklich das Ansparen von Studiengebühren vor. Die Regelung berücksichtigt, dass gerade auch kleinere Fächer mit geringerem Gebührenumfang Mittel zusammentragen können, um größere Anschaffungen zu finanzieren. Ganz ungeachtet dessen ist die Forderung nach Totalverausgabung der



Gebühren geradezu eine Unverschämtheit. Sie will nicht nur verhindern, dass die Gebührensumme womöglich wieder gesenkt werden könnte, sondern auch die Sinnlosigkeit und offensichtliche Unmöglichkeit kaschieren, Studiengebühren überhaupt „zur Verbesserung der Lehre“ einsetzen zu können. Man frage den Rektor, ob er seine Kontensparnisse auch alle wild ausgäbe, nur weil sie gerade da wären.

Zweitens argumentiert das Rektorat, es gäbe universitätsintern keinen homogenen Plan, wie Studiengebühren generell auszugeben seien. Das Rektorat wolle die Ausgaben daher stärker vereinheitlichen und zudem mehr Gebühren für zentrale Einrichtungen bereitstellen.

Wurde die einzige potentielle Kontrollinstanz, nämlich die „zentrale Senatskommission zur Verteilung von Studiengebühren“ ohnehin abgeschafft, ist es nur konsequent, die neue Freiheit beim Ausgeben von Studiengebühren mit entsprechend größeren Summen zu genießen. Verschiedenen Aussagen zufolge plant das Rektorat, aus Studiengebühren den Bau von neuen Universitätsgebäuden sowie die Renovierung älterer Gebäude durchzusetzen. So wiederum werden erstens erhebliche Summen der rektorats- und verwaltungseigenen Mittel frei, die dann etwa für Elite-Bankette, Preisverleihungen oder sonstigen Ausgaben zur Verfügung stehen; andererseits ist es in Folge nur eine Frage der Zeit, bis die nun total verausgabten Studiengebühren nicht mehr ausreichen und damit zum Beispiel auf 1000 Euro angehoben werden „müssen“.

Drittens, so das Rektorat, gäben andere Universitäten den zentralen Einrichtungen einen höheren Anteil an Studiengebühren. Daher solle man nachziehen.

- Es gibt auch andere Universitäten, die ihren Rektor abwählen. Da sollten wir dann auch nachziehen.

*Von Phillip Häuser*



## „Zum Kotzen“ – Bundeswehrstand auf dem Uniplatz

Wer am Mittwoch den 16.07. vor dem Historischen Seminar über den Innenhof zur Neuen Uni wollte, dem bot sich ein ungewohntes Bild. Polizeibeamte in Uniform und in Zivil eilten auf dem Campus umher und nahmen die Personalien von Studierenden auf. Was war geschehen?

„Ich weiß nicht, die haben jetzt meine Personalien aufgeschrieben, anscheinend war auf dem Uniplatz irgendetwas los“ meinte ein Student gegenüber dem Unimut. Da hatte es wohl den Falschen erwischt. Was aber wurde den „Richtigen“ vorgeworfen? Bereits am Tag

boten sich den Studierenden am Uniplatz mitten in der Klausurenzeit abwechslungsreiche Begebenheiten.

### Bundeswehrquiz und humanitärer Einsatz

Zwei Tage lang war die Bundeswehr mit einem Werbeband auf dem Uniplatz präsent. Den Vorübergehenden bot sich der einladende Anblick eines übergroßen zum Stand ausgebauten Trucks, der in angenehmen Blau zunächst gar nicht nach Militär aussah. Rechts daneben lud ein ähnlich designtes Zelt zum „Bundeswehr-Quiz“ ein.

Mit einem Krankentransporter samt Verletzten-Dumie gab sich die Bundeswehr Mühe, sich als humanitäre Einrichtung zu zeigen. Auch die anwesenden Soldaten hatten sich fast ausschließlich in friedlichem Blau ge- kleidet.

Wie ein beteiligter Offizier erklärte, wollte die Bundeswehr mit dem Stand nicht nur Interessenten für eine „Karriere bei der Bundeswehr“ ansprechen, sondern sich auch in der Bevölkerung präsentieren. Der Uniplatz sei dabei eher weniger wegen seiner Nähe zum „Campus“ gewählt worden, als vielmehr aufgrund seiner Lage in Mitten der Stadt. Aber auch ein paar Studierende seien schon vorbeigekommen und hätten sich für den Stand interessiert.



## Brechen, singen, sterben

Viel größer wurde das Interesse dann plötzlich gegen Mittag. Zunächst fielen nur ein paar wenige Personen auf, die, unterstützt von großen Mengen Milch, ein über- deutliches Zeichen setzten. Ein paar Meter vor der Treppe zum Bundeswehrstand überraschten diese die Soldaten wie inzwischen anwesende Polizeikräfte durch wiederholtes Erbrechen, während Musik aus einem mitge- brachten Abspiegelgerät mit antimilitaristischen Texten bereits ahnen ließ, was diese Menschen „zum Kotzen“ fanden.

Wenig später füllte sich der Uniplatz langsam mit immer mehr Menschen. Als die Heidelberger Sambaband zu spielen begann, wurde dies prompt durch die Polizei unterbunden. Einfallsreich ging der langsam größer werdende Protest weiter. Mit einem sogenannten „Die-In“ verdeutlichten etwa 50 Menschen die dunkle Seite der Bundeswehr – das Sterben. Anders als im echten Krieg wurden die „Gefallenen“ auf dem Uniplatz nach fünf Minuten aber wieder zum Leben erweckt – durch ein mobiles Soundsystem, das mit Gitarre und Gesang das Lied „Stell dir vor es ist Krieg und keiner geht hin“ zum Besten gab. Der Polizei ging das wohl zu weit. Sofort nach Beginn des Songs verursachte der Einsatzleiter durch sein Eingreifen eine angespannte Situation, die zu eskalieren drohte, als eine Polizistin tätlich wurde. Offenbar fühlte sie sich in der Menschenmenge von einer Demonstrantin bedrängt, die etwas penetrant versuchte, der Beamtin einen Flyer zu geben, um die Diskussion auf eine inhaltliche Ebene zu ziehen. Die Demonstranten ließen sich durch diese Tötlichkeit nicht provozieren und auch die anwesende Bereitschaftspolizei hielt sich kom-

plett im Hintergrund, sodass sich die Situation doch noch entspannte. Die Musiker der Sambaband ergaben sich der Argumentation des Einsatzleiters, ihr Auftritt stelle einen Gewaltakt gegenüber dem Werbepotential dar und verzichteten auf weitere Performance.

## Staatsschutz schreibt mit

Die Polizei wiederum ließ die inzwischen auf über hundert Personen angeschwollene Menge nach einigem Zu- reden auf dem Uniplatz gewähren, obwohl die angemel- dete Mahnwache nur für den Platz am Brunnen erlaubt worden war, wo sich auch ein Infostand des Aktions- bündnis gegen Krieg und Militarismus befand. Offenbar agierten auf dem Uniplatz aber von den Initiatoren der Mahnwache unabhängige Gruppierungen und Einzelper- sonen aus verschiedenen Zusammenhängen, die sich zum Teil freudig überrascht über die hohe Beteiligung an den Aktionen zeigten. „Ich wusste zwar, dass ein paar Leute heute was machen, aber mit so vielen hab ich nicht ge- rechnet“ lachte ein Beteiligter.

Auf der Treppe vor der Neuen Uni hatten sich zu- dem inzwischen zahlreiche schaulustige Studierende versammelt, auch die omnipräsenten Touristen machten eifrig Fotos von den Transparenten die die Aktionen in den inhaltlichen Kontext setzten.

Aber auch andere Personen schien das Treiben auf dem Uniplatz sehr zu interessieren. Auf einer Bank ganz am Rande des Geschehens fielen einigen Demonstranten zwei Herren mit Sonnenbrille auf, die die ganze Zeit über stumm die Ereignisse beobachteten und sich hin und wieder Notizen machten. Als sie fotografiert wurden, entfernten sich die beiden und bezogen für eine weitere knappe Stunde Posten gegenüber der Mahnwache bevor sie sich dann in die belebte Hauptstraße aufmachten, um sich dort zu trennen. Auch am nächsten Tag konnten zwei weitere Herren beobachtet werden, die sich nach demselben Schema verhielten. Nach Unimut-Recherchen han- delte es sich wohl um Mitarbeiter des Staatsschutzes, die bei den Geschehnissen möglicherweise gar eine Gefähr- dung des demokratischen Rechtsstaates fürchteten.

Staatsschutz, Bereitschaftspolizei, Militär – fehlte nur noch die Feuerwehr. Die kam auch bald, gerufen von den Beamten der Polizei, um die mittlerweile auch den Demonstrierenden unangenehmen Reste des „Puke-In“ zu entfernen.

## In Heidelberg nichts Neues

Der Tag endete für die Bundeswehr und die Friedensakti- visten schließlich mit der Schließung des Standes, nach- dem dieser eine Invasion seitens der Demonstrierenden erfahren hatte und die Militärpolizisten, die bemüht wa- ren, für Ordnung zu sorgen, nicht mehr unterscheiden konnten, wer zum Protest und wer aus Interesse den Stand betrat.

Am nächsten Tag gestaltete sich der Protest etwas kleiner, dafür nicht weniger kreativ. Mit einer „Wasser- schlacht“ versuchten etwa zwanzig Personen darzustel- len, dass es sich bei der Bundeswehr vor allem um den Krieg dreht – inklusive „Kollateralschaden“, obgleich diese dank des raschen und gründlichen Einsatzes der Ordnungshüter vermieden werden konnten. In der Folge

suchte die Polizei im Umkreis der Uni nach „Gefährdern“, die der öffentlichen Ordnung mit Wasserpistolen gefährlich werden könnten.

Wie auch in anderen Städten war in Heidelberg den Soldaten eine saubere Werbeveranstaltung nicht gegönnt gewesen, wobei der leitende Offizier der Bundeswehrtuppe sich über ein „derartiges Ausmaß“ an Protest überrascht zeigte. Die Protestierenden werteten ihre Aktionen als großen Erfolg. Es sei deutlich gemacht worden, dass Soldat kein Beruf wie jeder andere und Krieg als normales Mittel der Politik inakzeptabel sei.

Juristische Folgen hatte der Protest für zwei der Erbrechenden, die laut Staatsanwaltschaft mit ihrer Aktion eine „grob ungehörige Handlung“ begangen hatten, die „dazu geeignet war, die öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen“ und nun die Reinigung durch die Feuerwehr zu bezahlen haben.

Der Einsatzleiter der Polizei fand an den Ereignissen nichts Ungewöhnliches – „Wir haben hier in Heidelberg jedes Jahr hundert Demonstrationen.“ yz

---

## Liest du noch oder urteilst du schon?

### *Folge 2: Von Textsorten und Rubriken*

Die Sprache ist die Grundlage unserer medialen Kommunikation: sie vermittelt uns Informationen über Ereignisse in der Welt, auf die wir selbst keinen unmittelbaren Zugriff haben. Diese Mittler-Position von (Medien-)Sprache ist aber zugleich ein Problem. Die erste Folge (UNiMUT 01/08) zeigte allgemein, dass Medien nicht einfach „objektiv“ berichten, sondern Sachverhalte sprachlich perspektivieren. In dieser Folge und den kommenden Folgen geht es um die globalen und feinen, von uns Lesern meist ausgeblendeten Raster dieser Perspektivierungsleistung.

Mediale Perspektivierung von Sachverhalten vollzieht sich nicht nur einfach in der Aus- und Abwahl bestimmter Inhalte, sondern bereits „vor“ den Inhalten. Texte und Bilder zu 09/11 sind nicht nur Bilder „mit“ 09/11, sie stehen immer in sprachlichen Mustern. Diese Kommunikationsmuster sind – wiederum durch die Medien – bei uns Lesern bereits prototypisch in unserem Gedächtnis vorgeprägt. Von klein auf erlernen wir den Unterschied von „objektiven“ Berichten oder Meldungen und „subjektive(re)n“ Kommentaren, Glossen oder Kritiken. Auch wissen wir, dass auf der ersten Seite einer Zeitung wie der Süddeutschen oder auf der Politik-Seite der WELT in der Regel keine Kunstbesprechungen zu finden sind –, es sei denn es handelt sich um eine politisch brisante Veranstaltung in China o.ä. Künstlerische Inhalte, die wir eher der subjektiven Seite zuschlagen, gehören gewöhnlich in den Feuilleton oder in die Literarische Welt. – Einerseits erleichtert uns dieses Vorwissen von *Textsorten* und *Rubriken* das Lesen. Es orientiert uns nicht nur innerhalb des Mediums, sondern aktiviert bestimmte kognitive Konzepte und stellt sie für den aktiven

assoziativen Leseprozess zur Verfügung. Andererseits jedoch schiebt sich dieses Vorwissen wie eine getönte Linse vor „die“ Inhalte. Denn mit der Aktivierung von bestimmten Konzepten geht auch die Nicht-Aktivierung von alternativen Konzepten einher. Wer erwartet schon Gedichte zur Lösung der „aktuellen Weltprobleme“ auf Seite eins? Entsprechend dieses Vorwissens und dieser Voraktivierung passen wir fortwährend unsere Rezeptionshaltung an die jeweilige Text- und Bildgrundlage an: wir nehmen die Inhalte von Berichten und Meldungen auf den ersten Seiten automatisch mit einem höheren Geltungsanspruch (Faktizitätsanspruch) wahr als etwa die Inhalte eines Kommentars oder eines Essays auf den hinteren Seiten.

Richtig problematisch wird es allerdings erst dann, wenn wir bestimmte Inhalte (d.h. kognitive Konzepte in unserem Kopf) nur noch in bestimmten Kommunikationsmustern wahrnehmen (d.h. aktivieren) können. Wenn zum Beispiel Konzepte von sozialem Widerstand auf der Straße (wie in den Vorstädten von Paris) positiv nur noch in „künstlerischen“ Texten, Bildern und Liedern (das heißt vor allem als ‚fiktive‘ und ‚utopische‘ Inhalte markiert) zum Ausdruck gebracht werden können –, verlieren wir dann die Fähigkeit, diese Konzepte außerhalb „künstlerischer“ Kommunikationsmuster zu denken und entsprechend zu handeln? Neuere Untersuchungen weisen in diese Richtung.

Nichts desto trotz sind wir natürlich in der Lage, kulturell eingeschliffene, das heißt sozialisierte Kommunikationsmuster kritisch zu reflektieren und damit unsere prototypischen Wahrnehmungsprozesse auf einen neuen Stand zu bringen: Medienkritik als Erkenntniskritik. fv

---

## „Hey, das Land steht in Flammen, ich will auch ein paar Feuer anzünden“

### *Ein Interview mit Robert J. Sternberg über Wahlkampf in Amerika und Bildungschaos in Deutschland.*

„Herr Sternberg, das erklärte Ziel der Tufts University ist es, neue Führungspersönlichkeiten auszubilden, die einen positiven gesellschaftlichen Einfluss ausüben. Als einer der Dekane waren Sie an der Formulierung dieses Ziels maßgeblich beteiligt. Im Hinblick

auf seine Führungs-Qualitäten: Könnte Barack Obama ein Tufts-Alumnus sein?“

„Die Alternative zu Obama ist ja eine Katastrophe, und ich denke, er hat die Führungsqualitäten, die das Land momentan braucht, aber man weiß nun mal nie, wie

sich jemand nach der Wahl verhält. Es ist wie heiraten. Manchmal stellt man fest, dass eine Person nach der Hochzeit ganz anders ist als vorher... Dieses Land ist wirklich auf seinem Weg nach ganz unten, alles bricht zusammen, und wenn ich mir dann diese Prognosen anschau... (McCain führte zum Zeitpunkt des Gesprächs vor Obama, Anm. d. R.) Ich kann es einfach nicht verstehen, wirklich nicht. Es ist, als würden die McCain-Wähler sagen: Hey, das Land steht in Flammen, ich will auch ein paar Feuer anzünden! Einige richtig gute Psychologen sollten versuchen zu verstehen, wie Menschen nach acht desaströsen Jahren einer Regierung, die viele für die schlechteste der amerikanischen Geschichte halten, mehr vom Gleichen wollen! Ich glaube, hier muss ich als Sozialpsychologe wirklich passen.“

**„Aber die Menschen wollen doch nicht mehr vom Gleichen, sie wollen Veränderung, bloß eben Viele nicht in Person eines schwarzen Harvard Law-School Absolventen, sondern eines ehrwürdigen Kriegsveteranen.“**

„Tja, man kann sagen was immer man möchte, nicht? McCain als Vertreter von Veränderung... wenn ich sagen würde, ich wäre ein Priester, der den Papst vertritt, mit einem Büro in Rom direkt neben dem vom Papst, das wäre ungefähr genau so plausibel.“

**„Und wie steht es mit Palins Plausibilität?“**

„Männer scheinen sie zu mögen, weil sie eine ehemalige Schönheitskönigin ist, sie repräsentiert dieses Weibchen-Ideal, was Hillary im Übrigen nicht konnte. Hillary ist nicht so beliebt bei den amerikanischen Männern wie Palin. Ich meine, progressiv ist Palin sicher nicht.“

**„Aber wenn man überlegt, wer so für Wandel steht, ist Biden sicher auch nicht der Erste, der einem einfällt...“**

„Ja, es war eine strategisch enttäuschende Entscheidung von Obama, ihn zu wählen, und das zeigt sich jetzt auch. Er ist Teil des Establishments. Und er sagt immer wieder Dinge, ohne vorher wirklich nachzudenken. Einige Leute wissen einfach nicht, wann sie ihre Klappe halten sollten, und er gehört definitiv dazu. Diese Vize-Entscheidung könnte Obama die Wahl kosten. Die Demokraten sind extrem gut darin, Wahlen zu versäbeln. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen war es bis jetzt immer dasselbe: Die Wahlen kommen und die Demokraten verhaufen es. Man könnte fast denken, die Republikaner würden Spitzel einschleusen, um die demokratische Partei jedes Mal die schlechtesten Entscheidungen treffen zu lassen.“

**„Wäre denn Hillary eine bessere Vize gewesen?“**

„Sie hat ihre eigene Partei ernsthaft unterminiert. Ich meine, wenn du verloren hast, hast du verloren, Punkt. Leute, deren Hauptziel der eigene persönliche Erfolg ist, möchte ich nicht im Präsidentenamt sehen, sondern vielmehr Leute, deren Hauptziel es ist, das Richtige für ihr Land zu tun. Hillary denkt an erster Stelle an sich selbst.“

**„Kommen wir von möglichem Wandel in Amerika zu tatsächlichem in Deutschland; die Einführung der Studiengebühren sind noch immer ein wichtiges Thema. War das Ihrer Meinung nach ein Schritt in die richtige oder die falsche Richtung für das deutsche Bildungssystem?“**

## Wer ist Robert Sternberg?

Mit Top-Listungen in diversen prestigieösen Rankings wie „Who's Who in the world“ oder „Esquire Register of Outstanding Men and Women“ gilt Robert J. Sternberg (\*8.12.1949) als einer der bedeutendsten Psychologen unserer Zeit. Aktuell ist er Dekan der Fakultät der Künste und Wissenschaften der Tufts Universität in Boston und hat eine Honorarprofessur der Uni Heidelberg inne. Hiervor war er Professor in Yale, Präsident der American Psychological Association und Vorstandsmitglied unzähliger Vereine und Stiftungen.

Sternbergs Forschung zu Kreativität, Intelligenz, Weisheit und Liebe schlug sich in über 1200 Veröffentlichungen nieder. Während klassische IQ-Tests primär den kleinen Ausschnitt mentaler Fähigkeiten messen, der für Schulerfolg relevant ist, bietet Sternbergs Theorie der Erfolgsintelligenz eine umfassendere Alternative. Intelligent ist hier nicht nur, wer analytische Fähigkeiten zeigt, sondern auch, wem es gelingt, mit Neuem umzugehen oder im Alltag Ideen praktisch umzusetzen.

Sternbergs methodologisches Vorgehen wurde vielfach kritisiert. Viele seiner Theorien gelten als empirisch unsauber untermauert. Seine größte Kritikerin Linda Gottfredson, Professorin in Delaware, gewann für deutliche Worten in einem ihrer Artikel über Sternbergs Arbeit 2005 den Mensa Excellence in Research Award.



„Ich denke, es war ein Schritt in die richtige Richtung. Studenten unterschätzen die Kosten von Bildung. Studenten zahlen 50.000 Dollar für ein Jahr bei uns (Tufts University, Anm. d. R.), und das deckt die Vollkosten noch lange nicht.“

**„In Deutschland gibt es noch immer viele Unterstützer der Idee staatlicher Verantwortung für Bildung.“**

„Es wäre toll, wenn staatliche Finanzierung funktionieren würde, aber Regierungen haben viele Prioritäten, und oft steht Bildung nicht an erster Stelle. In Deutschland ist das Gehalt für Professoren in den letzten Jahren gesunken. (2005 erfolgte die Umstellung von C- auf W-Besoldung, statt Dienstaltersstufen gelten jetzt einheitliche Grundgehälter plus individuell verhandelbare Leistungsbezüge. Das Grundgehalt liegt im Schnitt 1500 Euro niedriger als bei der C-Besoldung. Juniorprofessoren erhalten nach der Besoldungsgruppe W1 monatlich 3405 Euro brutto Grundgehalt, Professoren der höchsten Gruppe W3 4723 Euro. Anm. d. R.) Also, man überlege sich: Wenn wirklich talentierte Absolventen Karriereentscheidungen treffen, werden die wohl etwas wählen, womit sie mehr verdienen, oder etwas, womit sie weniger verdienen?“

**„Jetzt gibt es aber ja auch Menschen, die ihren Beruf nicht nur nach finanziellen Aspekten auswählen. Und Leute, die das tun, sind vielleicht in der Wirtschaft einfach besser aufgehoben.“**



„Ich spreche hier nicht von Reichtum, sondern von Gehältern, die es ermöglichen sollten, vernünftig zu leben, eine Familie, Kinder zu haben. Die Besoldung von Professoren in Deutschland sendet ein furchtbares Signal hinsichtlich der Bedeutung von Bildung. Das Geld muss doch irgendwo herkommen, und tut es das nicht, leidet die Qualität. Kein Wunder, dass wirklich talentierte deutsche Wissenschaftler zu Universitäten im Ausland wechseln.“

**„Als Dekan betonen Sie immer wieder den großen Wert einer Studentenschaft mit hoher Diversität in Bezug auf sozioökonomischen Status und Ethnizität – Studiengebühren führen aber zu deutlich reduzierter Vielfalt.“**

„Finanzielle Unterstützung von Studierenden muss zu einem Teil der Kultur (in Deutschland, Anm. d. R.) werden. Hier (in den USA, Anm. d. R.) ist das der Fall. Wenn sich jemand das Studium nicht leisten kann, wird er unterstützt, und wer es sich leisten kann, zahlt. Man muss Studiengebühren und finanzielle Unterstützung unbedingt simultan einführen – in Deutschland ist das nicht Teil der Kultur und viele Leute verstehen es deshalb nicht.“

**„Und noch eine Veränderung: In Deutschland besitzen die Universitäten seit 4 Jahren ein Selbstauswahlrecht, schöpfen ihre Möglichkeiten in diesem Bereich aber kaum aus. Sie haben neue, recht ungewöhnliche Zulassungstests an der Tufts Universität eingeführt. Was sollten deutsche Universitäten bei der Studentenauswahl beachten?“**

„Wir wollen hier in Tufts Studenten auswählen, die einen positiven Unterschied in dieser Welt machen. Dazu

muss man über Noten hinaus gehen. Wir messen analytische, praktische und kreative Fähigkeiten sowie die Weisheit der Bewerber über Essays, die sie uns im Rahmen der Bewerbung schicken (Bsp. einer Essay-Frage: „Welches Buch in deinem Regal hat dich entscheidend beeinflusst und warum?“; Anm.d.R.). Die Idee ist, eine Person ganzheitlicher zu erfassen, denn wer gute Noten hat, macht nicht unbedingt einen Unterschied, ist vielleicht nur Konsument von Wissen statt Produzent. Solche Essays würden auch in Deutschland funktionieren.“

**„Hatten Sie gute Noten, Herr Sternberg?“**

„Ich hatte ein C in Allgemeiner Psychologie und bin trotzdem der Präsident der American Psychological Association (der wichtigste Psychologen-Verband, Anm.d.R.) geworden. Nicht, dass Noten ganz egal wären, aber wenn ich ein Buch über Allgemeine Psychologie aus meiner Zeit mit einem aktuellen Buch vergleiche, ist da kaum noch Überschneidung. Das faktische Wissen ist extrem schnell veraltet. Wenn wir Studenten also darüber beurteilen, wie gut sie dieses Wissen auswendig lernen, ist das Zeug, das in 50 Jahren sowieso niemanden mehr interessiert. Wer gut auswendig lernt, kann später vielleicht eine gute Vorlesung halten, aber das wird nicht die Person sein, die kreativ los zieht und die Welt verändert. Ich wünschte, alle Universitäten würden sich mehr darauf konzentrieren, Studenten auszubilden, die einen Unterschied machen. Stattdessen geht es darum, Studenten darin zu trainieren, Journal-Artikel zu schreiben, die sowieso kaum jemand liest. „Wer ist der Klügste?“ heißt das Kinderspiel, das die Wissenschaftler spielen - bloß sind die meist halt schon erwachsen.“ amh

---

## Hilfe durch Integration

Jede Woche hören wir Nachrichten von Flüchtlingen, deren Versuche die „Festung Europa“ zu erklimmen ein brutales Ende nehmen. Fischer werden der „Beihilfe zur illegalen Einreise“ angeklagt weil sie Menschen aus einer Nusschale vor dem Ertrinken retteten. Doch die Schicksale dieser Menschen beeinflussen kaum unseren Alltag. Das Thema findet verhältnismäßig wenig Platz in der öffentlichen Debatte, würde es auch konsequent zu Ende gedacht entweder unsere grundlegendsten Werte oder fundamental unsere Lebensweise in Frage stellen.

Dabei ist die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland stark zurückgegangen. In Deutschland leben heute noch 63364 Flüchtlinge (Stand: Dezember 2007), das sind bei etwa 82 Millionen Einwohner gerade einmal 0,08 Prozent. Durch gezielte Wohnungsbaupolitik werden die meisten Deutschen im Alltag selten mit dieser Problematik konfrontiert. Und seien wir mal ehrlich, wer von uns kennt heute noch einen Flüchtling?

Das soll sich ändern! Eine vom Bayerischen Flüchtlingsrat ins Leben gerufene Kampagne greift genau an dieser Stelle. Die „Save me“ Kampagne zielt auf die Unterstützung und das Engagement der Bürger durch Patenschaften. Nicht wie die, so häufig in der Hauptstraße anzutreffenden Werbungen für monatliche Mitgliedsbeiträge, die oft zu nicht mehr als einer Gewissensberuhigung dienen, sondern durch direktes Engagement der

Bürger. Unterstützt wird das Projekt unter anderem von Amnesty International Deutschland und Pro Asyl. Ziel der Kampagne ist es Landes- und Bundesregierung dazu zu bewegen, Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms aufzunehmen. Geschehen soll dies durch Bürgerinitiativen, die durch außerparlamentarische Einflussnahme Gemeinde- und Stadträte zu einer Aufnahme von Flüchtlingen bringen. Bürgerinnen und Bürger bekunden mit der Übernahme einer Patenschaft ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Ankommenden die Integration in unsere Gesellschaft zu vereinfachen. Dies kann zum Beispiel durch die Begleitung zu Behördengängen oder einen Stadtrundgang, im besten Fall jedoch durch eine langfristige Beziehung erfolgen. Darüber hinaus setzen sie ein eindeutiges Zeichen für den Flüchtlingsschutz, die Integration und ein Umdenken in



der Flüchtlingspolitik. Langfristig soll eine regelmäßige Aufnahme einer gesicherten Zahl von Flüchtlingen im Rahmen des Resettlement-Programms erreicht werden.

„Resettlement“ ist ein Ansatz des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). Ziel ist es die, in vielen nationalen Gesetzen zur Flüchtlingsaufnahme unzureichend geregelte Aufnahme von Flüchtlingen aus Erstaufnahmestaaten zu institutionalisieren. Als Ersteinreisländer werden Anrainerstaaten eines Krisengebiets bezeichnet, die aufgrund der geographischen und oftmals kulturellen Nähe als erste Anlaufstelle für Flüchtlinge fungieren. Zahlreiche Länder haben eine kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen aus Lagern in Erstaufnahmestaaten, darunter die USA mit 41300, sowie sieben europäische Staaten mit insgesamt 46600 Flüchtlingen im Jahr 2006. Auch Deutschland nahm zu Zeiten des Vietnamkriegs vietnamesische Flüchtlinge nach diesem Verfahren auf. Resettlement – Neuansiedlung – bedeutet im Gegensatz zum Asyl die dauerhafte Aufnahme der Menschen. Die Idee ist hierbei, Menschen direkt aus Flüchtlingslagern aufzunehmen um ihnen die gefährlichen und unwürdigen Fluchtversuche nach Europa zu ersparen und sich eines bewusst anderen Konzeptes als der auf zeitlicher Duldung basierenden und mitunter herabwürdigenden Aufenthalte von Asylbewerbern zu bedienen. Dennoch ist Resettlement keine Alternative zum Asyl, das auf ganz andere Bedürfnisse, sowie wesentlich umfangreicher angelegt ist.

Beim Resettlementansatz wie derzeit vom UNHCR praktiziert ergibt sich jedoch das ethische Problem der Auswahl der aufzunehmenden Flüchtlinge. Diejenigen die Hilfe am nötigsten haben sind meist Frauen mit Kindern, Alte und Kranke, also das genaue Gegenteil vom jungen fitten, am Besten noch hochqualifizierten Arbei-

tenden, der in unsere Rentenkassen einzahlt. Die Staaten können durchaus auf die vom UNHCR angewandten Kriterien zur Flüchtlingsauswahl Einfluss nehmen, ja sogar Vertreter in die entsprechenden Lager senden. Unabhängig vom angewendeten Kriterium, die Auswahl bleibt ein ethisch fragwürdiges „Gottspielen“, unterstützt durch die Rhetorik der „Errettung“. Im christlichen Denken ist es der Sünder, der um Errettung fleht und durch einen göttlichen Gnadenakt Erlösung erfährt. Auch hat das „Fürsprechen“ im Rahmen des Patenschaftsprogramms eher eine Entmündigung des Flüchtlings zufolge, anstatt eine Diskussion um Theorie und Praxis universeller Menschenrechte und der sich aus ihr ergebenden Rechte des Flüchtlings anzuregen. Weiter ist die Kampagne und ihr Ziel der kontinuierliche Aufnahme von Flüchtlingen keine Antwort auf die weltweite Flüchtlingssituation und die diese bedingenden Strukturen. Die Save me-Kampagne ist ein neuer Versuch anzusetzen an einem der vielen Rädchen des Systems und wenigstens einigen Menschen ein würdigeres Leben zu ermöglichen.

In München, wo die Kampagne ihren Anfang nahm gibt es bereits 931 Paten und Patinnen sowie einen Stadtratsbeschluss über die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen des Resettlementprogramms. Bis heute haben sich zehn weitere Städte angeschlossen. Der Asylarbeitskreis e.V. Heidelberg führt die Kampagne in Heidelberg, Ziel ist es einen Stadtratsbeschluss über die Aufnahme von 140 Flüchtlingen – 0,1% der Einwohner Heidelbergs – zu bewirken. Wenn Ihr Interesse hat einen aktiven Beitrag zur Aufnahme und Integration von Menschen aus Krisengebieten der Welt zu leisten, beteiligt Euch am Patenschaftsprojekt der Save me-Kampagne in Heidelberg! Informationen gibt es unter [www.save-me-heidelberg.de](http://www.save-me-heidelberg.de). nbb

### **Foto des Monats von Alex Schwarz**



## Der Baader-Meinhof-Komplex. Eine Filmkritik

**Marmeladenanschläge auf das Haus von Stefan Aust, Verherrlichungsvorwürfe gegen die bisher teuerste deutsche Filmproduktion. Die Verfilmung des Standartwerks „Der Baader-Meinhof-Komplex“ bringt das Thema RAF erneut in die öffentliche Diskussion.**

Zehn Jahre deutsche Geschichte in 150 Minuten Film. Eine Herausforderung besonders bei einem derart komplexen und delikaten Thema. Während es für den Laien eher schwierig ist, der oft komprimierten und in schneller Abfolge gezeigten Handlung zu folgen, bietet der Film für Vorinformierte nichts Neues. Die Dialoge sind meist auf schon oft gehörten Originalzitaten aufgebaut, hin und wieder kommen gar ganze Originalvideoaufnahmen zum Einsatz. Damit verschafft der Film dem Publikum einen ganz ordentlichen Eindruck über das „Innenleben“ der bewaffneten Gruppe. Darauf verlassen kann man sich jedoch nicht. Auch bei bedeutenden Stellen legt Regisseur Bernd Eichinger den RAF-Mitgliedern Worte in den Mund, die das Bild von ihnen beim Zuschauer prägen, dabei aber völlig spekulativ sind.

Die Auswirkungen der von der RAF verübten Anschläge werden in aller Deutlichkeit gezeigt. Mit Bildern von zerfetzten Körpern nach Bombenattentaten und bluttriefenden Leichen niedergeschossener Menschen hält sich Eichinger immun vor den nun laut werdenden Vorwürfen, der Film verherrliche Terroristen, die von Jugendlichen als heroische Vorbilder gesehen werden könnten. Auch ist deutlich gemacht, wie sich die Argumentation der Akteure mit fortlaufender Handlung von der Realität entfernt, etwa wenn Ulrike Meinhof vor Gericht die Isolationshaft beklagt und danach mit den anderen Gefangenen gemeinsam an einem Tisch im Stammheimer Gefängnis sitzt, um das weitere Vorgehen zu planen. Der Film zeigt in Ansätzen aber auch, aus welchen Verhältnissen sich die späteren RAF-Mitglieder entwickeln. Der erste Schocker des Filmes ist eine fünfminütige Knüppelorgie der Berliner Polizei auf wehrlose und friedliche Demonstranten anlässlich des Schah-Besuchs am 2. Juni 1967, in deren Folge auch Benno

Ohnesorg durch einen Polizisten erschossen wird. Die Gewaltspirale dreht sich weiter als Studentenfürer Rudi Dutschke bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt wird.

Wer sich bereits mit der Thematik beschäftigt hat, dem fallen viele angerissene Details auf, die dem Laien absolut nicht auffallen. Beim Sturm auf den Springer Verlag nach dem Attentat auf Rudi Dutschke etwa sieht das Publikum, wie eine Person Brandsätze verteilt, die einige nun auf das Gebäude und die Auslieferungswägen werfen. Wer es nicht schon weiß, für den ist nicht erkennbar, dass es sich dabei um den Verfassungsschutzagenten Peter Urbach handelt. Das Attentat auf Rudi Dutschke wird gezeigt, aber außer dem Ausspruch „Ich mag eben keine Kommunisten“ erfährt das Publikum nichts über die Motive und Hintergründe des namenlosen Schützen.

Die Staatsmacht wird nach der Gründungszeit der RAF fast nur noch durch den gewieften BKA-Chef Horst Herold verkörpert, der von dem als Hitler-Darsteller bekanntgewordenen Bruno Ganz gespielt wird. Auch sonst bleibt der Film streng auf die Geschichte um die Hauptkader der RAF konzentriert – was schon Material genug ergibt. Leider bringt das die Aufarbeitung der deutschen Geschichte um 68 und wie man es auch immer bezeichnen möge aber kaum weiter. Während in der Vergangenheit immer wieder die RAF als Verkörperung eines aus dem Ruder gelaufenen Revolutionsgeistes ver-teufelt, verharmlost und selten in den Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gesetzt wird, bleiben viele Fragen über diese Zeit weiterhin offen oder werden gar nicht gestellt. „Der Baader-Meinhof-Komplex“ ist ein in sich gelungener Film, doch er reiht sich ein in eine Diskussion, die eine differenzierte Reflektion der gesellschaftlichen Entwicklung seit den Sechzigern meidet. Wer sich schon intensiv mit der RAF auseinandergesetzt hat, für den ist es eine actionreiche und nicht gänzlich uninteressante Ergänzung, für andere bietet er einen bedeutenden Spielraum für Fehlinterpretationen – vielleicht aber auch einen Anstoß zur weiteren Beschäftigung mit diesem Teil deutscher, und nicht zuletzt internationaler Geschichte. yz

---

## Strahlend in die Zukunft? Atomkraft und Klimaschutz

"Ich wünsche mir sehr, den Neubau eines Kernkraftwerks in Deutschland einmal miterleben zu dürfen." Die junge Frau, die mit strahlendem Gesicht diese Aussage präsentiert, ist Arbeitnehmerin in der Atombranche; das Zitat aus einem Gespräch mit ihr ist abgedruckt in der aufwendig gestalteten Werbebeilage des Deutschen Atomforums e.V., die mit einer großen deutschen überregionalen Tageszeitung ins Haus geflattert kam. "Zukunfts!Fragen – Welche Energiestrategie braucht Deutschland?" ist auf der Titelseite zu lesen. Auf zwölf Seiten präsentiert der Lobbyverband seine Argumente für eine Verlängerung der Laufzeit deutscher Atomkraftwerke und schlägt damit in eine Kerbe, die die ständige Konfrontation der

Öffentlichkeit mit den beiden Themen 'Klimaschutz' sowie 'steigende Energiepreise' hinterlassen hat. Der Ausstieg aus der Atomenergie, von der Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossen, soll plötzlich wieder in Frage gestellt werden – eben weil Atomkraft beide Probleme lösen können soll: CO<sub>2</sub>-freie Energiegewinnung auf der einen, bezahlbarer Strom für die Verbraucher auf der anderen Seite. Wie im Falle der über 20 geplanten Neubauten von Kohlekraftwerken in Deutschland wird auch immer wieder eine drohende "Stromlücke" als Argument ins Feld geführt; beide Branchen werben mit Versorgungssicherung – "oder willst du, daß hier in drei (fünf/sieben/zehn) Jahren das Licht ausgeht?"

Öfters mal das Licht zu löschen wäre allerdings tatsächlich kein Fehler – und in den Atomkraftwerken am besten für immer. Das Umweltbundesamt, das über den Vorwurf, tendenziös zu sein, erhaben sein dürfte, hat in seiner aktuellen Studie "Atomausstieg und Versorgungssicherheit" eindeutig festgestellt: auch wenn alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen, wird es keine Engpässe geben. Deutschland ist derzeit sogar Stromexportland.

Auch dem Klimaschutz ist mit dem Betrieb von Kernkraftwerken alles andere als gedient: die Gewinnung und Anreicherung von Uran ist sehr energieaufwendig (von den durch den Abbau entstehenden Umweltschäden einmal ganz abgesehen). Nicht nur, daß deshalb bei der Erzeugung einer Kilowattstunde Atomstrom insgesamt mehr Kohlendioxid frei wird als in jeder Windkraftanlage oder etwa in einem Holzkraftwerk. Die großen Energiekonzerne wie E.on, Vattenfall, RWE und EnBW, die die Atomkraftwerke betreiben und sich mit ihren Klimaschutzmaßnahmen schmücken wollen, forcieren darüber hinaus gleichzeitig den Bau neuer Stein- oder sogar Braunkohlekraftwerke, der mit Abstand klimaschädlichsten Form der Energiegewinnung. Durch Milliardeninvestitionen in solche veralteten Techniken wird der Ausbau der Stromerzeugung aus den erneuerbaren Energien Wasser, Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme für Jahrzehnte blockiert, obwohl gerade diese für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes unabdingbaren Maßnahmen für Arbeitsplätze und Beschäftigung sorgen würden.

Ebenso wie im Falle der Steinkohle muss der Rohstoff Uran aus dem Ausland importiert werden – völlig widersinnig, dass bereits für die Produktion und den Transport eines Energieträgers Energie aufgewendet werden muss. Und ebenso wie die fossilen Stoffe werden auch die Uranvorkommen der Welt bereits in schätzungsweise 40 Jahren erschöpft sein. Diese schon bei der Gewinnung negativ belastete Effizienzbilanz der Atomkraft wird bei der Verstromung keineswegs verbessert, im Gegenteil: fast 70% der Energie, die in einem Kernreaktor erzeugt wird, geht als Abwärme verloren.

Dass Kernenergie für den Endabnehmer preiswerter scheint als Ökostrom, liegt einzig und allein an den massiven direkten und indirekten Subventionen, mit denen der Betrieb gefördert wird – und die selbstverständlich aus Steuergeldern finanziert werden. Zudem sind Atomkraftwerke nur für einen Bruchteil des Schadens versichert, der im Falle eines Super-GAU's tatsächlich entstehen würde – allein die Tatsache, dass keine Versicherung der Welt ein solches Risiko eingehen würde, spricht für sich.

Interessanterweise werden in der oben genannten Broschüre all diese Aspekte angeführt: Energiepreise, Arbeitsplätze, Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit von Erdöl, Sicherheitsstandards deutscher Reaktoren. Doch erst auf Seite 10 und nur in einem kur-

#### **Termine zu Atomkraft und Klimaschutz**

Di, 14. 10. 08, 19.30 Uhr, Neue Uni, HS 4: Informationsveranstaltung "Atomkraft und Klimaschutz"

Di, 21. 10. 08, 19.30 Uhr, Neue Uni, HS 4: Informationsveranstaltung "Castor-Transport: Trainstopping – wer und warum?"

Woche 27.-31. 10. 08 (genauer Termin wird noch bekanntgegeben): Konzert

So, 2. 11. 08, 14.30 Uhr, TREND-Messe, Stadthalle: Vortrag "Kohlekraft in Mannheim – Das Aus für eine nachhaltige Energieversorgung" (Dr. Martin Pehnt, IFEU)

So, 2. 11. 08, 15.15 Uhr, TREND-Messe, Stadthalle: Vortrag "Atomkraft? Nicht schon wieder – die Wiederkehr eines gesellschaftlichen Konflikts" (Jochen Stay, X-tausendmal quer)

zen Absatz wird ein Thema angesprochen, das eines der wichtigsten Argumente gegen Atomkraft ist: der bei der Erzeugung von Energie aus Uran anfallende, radioaktive Müll. Im kommenden November wird wieder ein Hochsicherheitszug aus dem Aufbereitungs-lager in Frankreich nach Gorleben fahren, um die Brennstäbe dort in einer Halle abzuladen. Dort warten sie, dass der unterirdische Salzstock, der vor Jahren zum Endlager für stark strahlende Abfälle ausgewählt wurde, für diesen Zweck freigegeben wird. Die Bewohner des Wendlands, die hier im ehemaligen Grenzgebiet zur DDR zu Hause sind, werden wie jedes Mal auch gegen diese Lieferung protestieren. Und wie immer werden aus ganz Deutschland tausende Menschen kommen, um friedlich zu demonstrieren und unter dem Motto "Trainstopping" den Castor-Transport aufzuhalten. Denn im Gegensatz zu dem, was die Atomlobby in ihrer Werbekampagne behauptet, ist das Problem der Endlagerung alles andere als technisch gelöst. Auf der ganzen Welt existiert kein offizielles Endlager für Atommüll, auch wenn seit Jahren mit verschiedenen Möglichkeiten experimentiert wird – etwa im Salzbergwerk Asse II, in dem durch Risse radioaktive Lauge austritt. Der Müll, der auf diese Halden gebracht werden soll, wird für mehrere Zehntausend Jahre gefährlich sein – bisher gibt es aber noch nicht einmal eine Möglichkeit, ihn derart zu kennzeichnen, dass auch nach dieser langen Zeitspanne die unsichtbare Todesgefahr noch eindeutig verstanden werden kann.

Um auf diese und andere Missstände und die dahinter stehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen aufmerksam zu machen, haben Studierende der Universität Heidelberg die Klima-Aktions-Gruppe gegründet. Im Oktober organisiert die Gruppe eine Folge von drei Veranstaltungen zum Thema „Atomkraft und Klimaschutz“.

Von Ester Widmann

**IMPRESSUM** ...der UNiMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2008/012 vom 02.10.2008 // Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) | Alena Mehla (amh) | Friedemann Vogel (fv) | Yannick Zundl (hp) // Auflage 2000 – Unidruckerei // Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die im ZFB (Albert-Überle-Straße 3-5) abgegeben oder uns per Elektrobrief (unimut@urz.uni-heidelberg.de) zugeschickt werden können. // Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. // Unterstützt von der F(ach)S(chäfts)K(onferenz) | Albert-Überle-Straße 3-5 | 69117 Heidelberg. | Tel. 06221/542456 | E-Mail: unimut@urz.uni-heidelberg.de